

Bonn/Kiew

# Regelrecht gelinkt

Helmut Kohls Besuch in der Ukraine Anfang des Monats endete für die deutsche Minderheit mit einer Enttäuschung. Überraschend verweigerte die ukrainische Seite einen Notenaustausch, der den knapp 2000 deutschen Übersiedlern aus Mittelasien im beschleunigten Verfahren die Annahme der ukrainischen Staatsbürgerschaft ermöglicht hätte.

Die sogenannten Containerdeutschen waren einem Aufruf des damaligen Präsidenten Leonid Krawtschuk von 1992 gefolgt, der 400 000 Rußlanddeutsche in der Ukraine ansiedeln wollte. Kiew vergibt Staatsbürgerschaften nur, wenn die Betroffenen fünf Jahre lang im Land leben und der ukrainischen Sprache mächtig sind. Die meisten Übersiedler sind deshalb bis heute staatenlos und in vielen praktischen Dingen dis-



Angehörige der deutschen Minderheit in der Ukraine

kriminieren: Als Ausländer in der Ukraine müssen sie hohe Studiengebühren von 1000 US-Dollar im Jahr zahlen und erhalten keinen billigen Wohnraum. Auch die Lösung des Streits um die Rückgabe der deutschen lutherischen Kirche in Kiew, die Stalin 1938 enteignet hatte, ist vorerst gescheitert. Die

Ukraine hatte Kohl eine schriftliche Verpflichtungserklärung versprochen, die Kirche bis Ende des Jahres an die deutsche Gemeinde zurückzugeben. In letzter Minute wurde auch diese Zusage zurückgezogen. „Die haben uns regelrecht gelinkt“, schimpfte ein Botschaftsmitarbeiter.

## INTERVIEW

Steuern

### „Im Interesse der Betriebe“

Friedhelm Ost, 54, CDU-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses über eine Grundverkaufsteuer

**SPIEGEL:** Sie haben vorgeschlagen, anstelle der Vermögensteuer künftig eine zweiprozentige Grundverkaufsteuer zu erheben. Was bringt das?

**Ost:** Durch die Abschaffung der Vermögensteuer fallen bei den Ländern Einnahmen von mindestens acht Milliarden Mark weg. Und hier sollte ein Ausgleich geschaffen werden über eine Steuer auf den Verkauf von Immobilien.

**SPIEGEL:** Es gibt in der Union Überlegungen, den Wegfall der Vermögensteuer durch eine höhere Erbschaft- und Schenkungsteuer zu kompensieren. Soll Ihre Steuer diese beiden Abgaben ergänzen oder ersetzen?

**Ost:** Dies muß beides nicht so sein. Die Grundverkaufsteuer kann aber einen zu starken Zugriff bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer begrenzen – im Interesse der Betriebe. In den nächsten Jahren werden einige hunderttausend Betriebe mit vielen Millionen Arbeitsplätzen an Nachfolger übergeben. England

hat vor der Regierungszeit von Margaret Thatcher den Fehler gemacht, Betriebe bei Erbschaft oder Übernahme durch hohe Besteuerung zu zerschlagen. Das sollten wir nicht wiederholen.

**SPIEGEL:** Inwiefern kommt denn eine Grundverkaufsteuer einem solchen Betrieb mehr entgegen als eine höhere Erbschaft- oder Schenkungsteuer?

**Ost:** Sie fällt nur dann an, wenn durch den Verkauf von Grundstücken Kasse gemacht wird. Und dann kann sie auch bequem bezahlt werden.

**SPIEGEL:** Was soll Bemessungsgrundlage für die „Ost-Steuer“ sein? Sind der Manipulation von Grundstückspreisen in Kaufverträgen nicht Tür und Tor geöffnet?

**Ost:** Nein. Beim Verkauf gilt der reale Verkehrswert, der Verkaufswert. Natürlich kann manipuliert werden. Ich denke, zur Kontrolle sollte man sehr viel intensiver die Notare mit einbeziehen, die ja die Immobilienkaufverträge machen.

**SPIEGEL:** Der Notar soll mit seinem Testat geradestehen für den tatsächlichen Wert eines Grundstückes?

**Ost:** Nicht für den tatsächlichen Wert, aber er sollte schon verpflichtet sein, offenkundige Preismanipulationen zu verhindern.

**SPIEGEL:** Alle Überlegungen der Baupolitiker konzentrieren sich auf eine Erhöhung des Baulandangebotes. Ihre Steuer würde Grundstücksverkäufe eher behindern.

**Ost:** Das kann man nicht sagen. Ein Verkäufer, der über Jahre die Vermögensteuer spart, wird nicht über Gebühr belastet. Die Steuer würde die weitere Bewegung im Immobilienmarkt nicht behindern. Ganz im Gegensatz zu starken ökologischen Auflagen, die in einigen Regionen die Ausweisung von Gewerbe- und Wohngebieten behindern.

**SPIEGEL:** Wie verträgt sich Ihre neue Steuer mit dem Versprechen Helmut Kohls und der FDP, die Steuern zu senken?

**Ost:** Tendenziell wird die Steuerlast ja gesenkt, wenn die substanzverzehrenden Steuern, Gewerbesteuer und Vermögensteuer, wegfallen.

**SPIEGEL:** Wie hoch wäre das jährliche Aufkommen dieser Steuer?

**Ost:** Zum Vergleich: Die Grunderwerbsteuer bringt zur Zeit bei zwei Prozent etwa vier Milliarden. Ich gehe von einer steigenden Bewegung im Immobilienvermögen aus, weil wir es in den nächsten Jahren mit einer Fülle von Erbschaften zu tun haben.



Ost

M. DÄRCHINGER